

Wien, am Montag, den 10. Dezember 1928

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1929. Der Wiener Stadtsenat und der städtische Finanzausschuss verabschiedeten heute in gemeinsamer Sitzung den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1929, die Verwaltungsberichte und Bilanzen der städtischen Unternehmungen über das Geschäftsjahr 1927 sowie deren Wirtschaftspläne für das Jahr 1929. In der Fortsetzung der Spezialdebatte gelangte heute zunächst die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten zur Verhandlung, über die Stadtrat Linder berichtete. Die Verwaltungsgruppe erfordert einen Nettoaufwand von 13'8 Millionen Schilling. Rund 70 Prozent davon werden für das Feuerlöschwesen ausgegeben. Die Nettoausgabe dafür macht 8'3 Millionen Schilling aus, wozu noch 1'2 Millionen Schilling für Investitionen kommen. Die Ausgaben für die Wiener Gemeindegewächse betragen einschliesslich der Investitionen 3'7 Millionen Schilling. In der Debatte verlangt Vizebürgermeister Hoss die schleunigste Revision der baupolizeilichen Vorschriften hinsichtlich des Bauzustandes vieler alter Häuser. Gemeinderat Angermayer macht auf den Bauzustand eines Hauses in der Nikolsdorfergasse aufmerksam, das dem Hartmannkloster gehört. Das Haus wäre zu demolieren und zehn Parteien entsprechend unterzubringen. Gemeinderat Binder wünscht eine Vermehrung und entsprechende Reinigung der Strassen-
aufschriftstafeln. Gemeinderat Uebelhör verlangt einen grösseren Betrag für die Förderung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte. 80.000 Schilling scheinen ihm dafür zu wenig. Desgleichen wäre der Betrag von 9000 Schilling für Kunstpreise der Stadt Wien entweder zu erhöhen oder die Zahl der Kunstpreise zu vermehren. Gemeinderat Zimmerl beantragte die Streichung der Post "Gemeindegewächse", welcher Antrag abgelehnt wurde. Ein zweiter Antrag des Gemeinderates Zimmerl verlangt die Veröffentlichung der Liste der in den Wiener Heimatverband aufgenommenen. Die Veröffentlichung soll jeweils im Amtsblatt erfolgen. Schliesslich beantragt Gemeinderat Zimmerl die Drucklegung der Gemeinderatsprotokolle. In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Linder, dass eine strenge Überprüfung der baufälligen Häuser eingeleitet worden sei. Alle diese Häuser werden begangen. Es sei alles vorgesorgt, um weitere Bauunfälle hintanzuhalten. Die Anträge Zimmerl werden abgelehnt und die Positionen der Verwaltungsgruppe für Allgemeine Angelegenheiten genehmigt. Vizebürgermeister Emmerling berichtet nunüber die Positionen der Verwaltungsgruppe für städtische Unternehmungen. Der Voranschlag enthält nur die Abfahren des Brauhauses der Stadt Wien und der städtischen Ankündigungsunternehmung. Diese sowie die Positionen der Bilanz und Bedeckung werden ohne Wortmeldung beschlossen. Ueber die Verwaltungsberichte und Bilanzen sowie Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen referiert ebenfalls Vizebgm. Emmerling. Die Voranschläge zeigen beim Gaswerk, Elektrizitätswerk und Leichenbestattung ganz bescheidene Ueberschüsse, die wie stets den Unternehmungen verbleiben. Hingegen haben die Strassenbahnen auf Grund des derzeit geltenden Tarifes nach wie vor einen sehr erheblichen Gebärungsabgang; ohne Abschreibungen ist ermit rund ^{2'5} Millionen Schilling vorgesehen. Dabei ist auch noch keine Rücksicht auf die Tilgung der Verlustvorträge aus früheren Jahren genommen. Die städtischen Unternehmungen werden im kommenden Jahr für Investitionen über 80 ~~Millio~~ Millionen Schilling teils auf Grund der Dollaranleihe, teils zu Lasten der Betriebe ~~ausgegeben~~. Gemeinderat Zimmerl stellt folgenden Antrag: Die von den Konsumenten von Gas und Elektrizität geleisteten Vorauszahlungen werden denselben in der Weise rückvergütet, dass ihnen jene Mengen von Gas und elektrischen Strom unentgeltlich geliefert werden, die sie um den Betrag der geleisteten Vorauszahlung nach den seinerzeitigen

Preisen hätten beziehen können.

Nun be-

antwortet Stadtrat Sweiser die seinerzeit von Stadtrat Kunschak gestellte Anfrage wegen der Vorfälle auf dem Hernalser Bahnhof nach den letzten Personalvertretungswahlen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen hat am 24. November eine Verfügung hinausgegeben, die nicht dienstliche Handlungen in Diensträumen neuerlich verbietet. Er selbst habe verfügt, dass die Teilnehmer an dieser Kundgebung festgestellt/ und gegen diejenigen Teilnehmer, die dienstliche Vorschriften übertreten haben, die Untersuchung eingeleitet werde. Ebenso soll auch untersucht werden, ob Vorgesetzte eine dienstwidrige Handlung zugelassen haben. Gemeinderat Zimmerl erklärt, dass es unrichtig ist, dass die Strassenbahnen ein Defizit haben. Dieses wird nur durch die überaus hohen Abschreibungen erstellt. Was die Zustände im Strassenbahnverkehr anlangt, so sind diese unerträglich. Direktor Spängler hält den amtsführenden Stadtrat und die ganze Bevölkerung zum Besten. Stadtrat Kunschak weist darauf hin, dass die Strassenbahn an vielen Verkehrspunkten geradezu zu einem Verkehrshindernis geworden ist. Das ist zum Beispiel bei der Bellaria und insbesondere beim Schottentor der Fall, wo ein Uebergang über den Ring ein lebensgefährliches Experiment ist. Um diese Zustände abzuschaffen soll ein generelles Projekt vorgelegt werden. Vizebürgermeister Hoss beantragt die Fortführung der Linien 32 und 132 bis zum Kai, Esslinggasse, und die eheste Ausführung der Autobuslinie nach Floridsdorf. Gemeinderat Angermayer stellt den Antrag, die Linien 61 und 63 in der verkehrsreichen Zeit durch eingeschobene Züge zu verstärken, die zwischen der Reinprechtsdorferstrasse und Oper verkehren sollen. Stadtrat Rummelhardt kritisiert, dass bei der Strassenbahn nur jene Leute aufgenommen werden, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und der roten Verkehrsgewerkschaft sind. In letzter Zeit wurden wieder solche "Weigl-Rekruten" eingestellt. Diese legen besonders gegen die bürgerlich Aussehenden Fahrgäste eine herrisches Benehmen zur Schau. Schliesslich stellt Stadtrat Rummelhardt den Antrag, die Haltestelle Alserstrasse-Langegasse in der Fahrtrichtung vom Ring zum Gürtel zur Dreifaltigkeitskirche zu verlegen. Gemeinderat Uebelhör führt darüber Beschwerde, dass noch sehr viele alte Wagen in Verkehr stehen, die fast schon unbrauchbar sind. Auch wäre es schon sehr angezeigt, endlich einmal gegen die Ueberfüllung auf der Strassenbahn entsprechend einzugreifen. In seiner Erwiderung stellt Vizebürgermeister Emmerling fest, dass die Abschreibungen bei der städtischen Strassenbahn ganz regulär sind. Bezüglich der Beschwerde über die alten Wagen erklärt der Referent, dass Woche für Woche neue Wagen in Betrieb genommen werden. Bis Mitte Februar werden 260 neue, ganz moderne Wagen in Verkehr gesetzt werden. Die gestellten Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und die Verwaltungsberichte und Bilanzen der städtischen Unternehmungen/ sowie deren Wirtschaftspläne für das Jahr 1929 genehmigt.

Entfallende Sprechstunde. Uebermorgen Mittwoch entfällt wegen der Beratung des städtischen Voranschlages die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner.

Von den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Wieden tritt am Dienstag, den 18. Dezember, um 16'30 Uhr zusammen. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt findet am Samstag, den 15. Dezember um 18 Uhr statt.